Südosteuropa

*Referent: Boris Kanzleiter**,** Leiter des Auslandsbüros der RLS in Belgrad.*

Sozialproteste im Südosten Europas

Die Durchsetzung einer rigiden Austeritätspolitik und die Verschärfung neoliberaler Strukturreformen im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben in ganz Europa seit 2008 zu einem neuen Zyklus sozialer Protestbewegungen geführt. Im Krisenverlauf und den politischen Reaktionen sind allerdings deutliche regionale Unterschiede festzustellen. Zum Fokus der Protestbewegungen haben sich die Mittelmeerländer Griechenland, Spanien und Portugal entwickelt. In diesen südeuropäischen Ländern ist nicht nur die Krise besonders tief. Es existieren auch vitale soziale Bewegungen und eine politische Linke, welche in der Lage sind, alternative Politikmodelle anzubieten und Widerstand zu mobilisieren.

Deutlich anders sieht dagegen die Situation in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens und anderen ehemals sozialistischen Ländern im Südosten Europas aus. In dieser Region hat die Krise zwar ebenfalls tiefgreifende Auswirkungen, die strukturelle Ähnlichkeiten zum Krisenverlauf in den Ländern der südeuropäischen Peripherie aufzeigen. Der bestehende soziale und politische Widerstand ist bisher allerdings fragmentiert und meist nur schlecht artikuliert. Dennoch hat die Krise auch in Südosteuropa einen Protestzyklus entfacht, der einer näheren Betrachtung lohnt. Der Balkan kehrt nach den verheerenden Kriegen der neunziger Jahre und der Durchsetzung nationalistischer und neoliberaler Regime langsam auf die Landkarte der europäischen Linken zurück.

Bei den Protesten in Südost Europa zeigen sich in den vergangenen Jahren verschiedene Dynamiken: **Erstens mobilisieren Gewerkschaften im Öffentlichen Sektor zu Protesten gegen Lohnabbau, Privatisierungen oder Kürzungspolitik.** Das beste Beispiel dafür ist Slowenien. Mehrmals hat der slowenische Gewerkschaftsverband ZSSS (Bund der freien Gewerkschaften Sloweniens) zu Massenprotesten gegen Kürzungspolitik im Öffentlichen Sektor aufgerufen. Am 18. April 2012 fand sogar ein eintägiger Generalstreik im Öffentlichen Sektor statt. Es wurde der größte Protest seit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens vor zwanzig Jahren. Nach Schätzungen nahmen bis zu 100.000 TeilnehmerInnen an einer Großdemonstration in der Hauptstadt Ljubljana teil. In dem nur zwei Millionen EinwohnerInnen zählenden Land war dies eine Demonstration der Stärke der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und des

Gewerkschaftsverbandes ZSSS. Im Gegensatz zu den zersplitterten Gewerkschaften in anderen ehemaligen Republiken Jugoslawiens verfügt der ZSSS nicht nur über organisatorische Stärke sondern auch über eine relativ starke Verhandlungsposition gegenüber Arbeitgebern und Regierung.

Zweitens mobilisieren in Südost Europa Studierende und Jugendliche gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung. Von herausragender Bedeutung war dabei die Protestbewegung an den kroatischen Hochschulen zwischen 2008 und 2010. Diese Protestbewegung hat zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch Jugoslawiens 1991 in einem seiner Nachfolgestaaten einen größeren politischen Artikulationsraum für eine neue emanzipatorische Linke geschaffen. Die Proteste wurden zum Ausgangspunkt der Entwicklung einer gegen-hegemonialen Strömung, die den national-konservativen-neoliberalen Konsens erfolgreich unterlaufen und damit weit über die Hochschulen hinaus politische Bedeutung erlangt hat. Nach verschiedenen kleineren Aktionen besetzten im April und Mai 2009 Tausende Studierende 20 Fakultäten in acht Städten. Im Herbst 2009 wurden die Besetzungen an zehn Fakultäten in vier Städten wieder aufgenommen. Die wochenlangen Besetzungen und Proteste an den kroatischen Universitäten fanden in der Öffentlichkeit ein außergewöhnlich starkes Echo. „Kostenlose Bildung“ und „Öffentliche Finanzierung von Bildung“ wurden zu den Hauptforderungen der Bewegung. Mit diesen einfachen Forderungen griffen die Studierenden den politischen Mainstream konfrontativ an. Zum ersten Mal seit Beginn der neunziger Jahre stellte eine soziale Bewegung die auf Privatisierung und Kommodifizierung aller gesellschaftlichen Bereiche drängende Leitideologie des neoliberalen Kapitalismus grundsätzlich in Frage. Daneben praktizierten die Studierenden auch neue politische Organisationsformen. Der Streik und die Besetzung wurden unter dem Motto der „Direkten Demokratie“ mit Hilfe von Vollversammlungen (Plena) organisiert. Die Bewegung lehnte es ab, sich durch charismatische „Sprecher“ repräsentieren zu lassen und insistierte auf einer kollektiven, basisdemokratische Entscheidungsfindung. Unter dem Eindruck der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kam es im Verlauf von 2010 zu einer weiteren Politisierung der Studierendenbewegung und neuen Protestallianzen. Auch nach dem Ende der Blockade der Fakultäten tagte an der Zagreber Philosophischen Fakultät weiterhin regelmäßig ein Plenum. Es wurden Arbeitsgruppen und Kampagnen gegründet, u.a. wurden die Probleme des geplanten EU-Beitritts kritisch beleuchtet. Ein Ziel der Bewegung war die Suche nach Kontakt zu Protestbewegungen von Bauern und

ArbeiterInnen, die sich 2010 verstärkt artikulierten. Teilweise kamen neue Allianzen tatsächlich zu Stande. So hielten bspw. bereits im Dezember 2009 protestierende Milchbauern an der Philosophischen-Fakultät in Zagreb ein Plenum ab. Die Studierenden bauten u.a. Kontakte zu den streikenden Arbeiterinnen der Textilfabrik Kamensko und der Belegschaft von Petrokemija in Kutin auf. Obwohl sich die Studierendenbewegung mit ihren Kernforderungen nach kostenloser Bildung nicht durchsetzen konnte, hat sie die politische und intellektuelle Atmosphäre in Kroatien nachhaltig verändert.

Drittens protestieren Belegschaften von Industriebetrieben gegen Arbeitsplatzabbau und ausbleibende Lohnzahlungen. Ein Beispiel dafür sind die Streiks und Proteste in Serbien. Die zahlreichen, meist isoliert voneinander stattfindenden Proteste gegen ausbleibende Lohnzahlungen oder Abfindungen greifen dabei auf ein drastisches Aktionsrepertoire zurück. Denn mit klassischen Streiks lassen sich die Unternehmer oder die staatliche Privatisierungsagentur in bankrotten Firmen nicht unter Druck setzen. Die Protestierenden müssen daher auf Mittel zurückgreifen, die von der Öffentlichkeit nur schwer ignoriert werden können. Dazu zählen Straßenblockaden und Demonstrationen. In einigen Fällen griffen Protestierende auf Hungerstreiks und Selbstzerstümmelung zurück oder drohten sogar mit kollektivem Selbstmord. Ein bekanntes Beispiel für einen solchen mit verzweifelten Mitteln geführten Arbeitskampf war 2009 der Protest der 1523 Mitglieder der „Vereinigung der Textilarbeiter des Textilkombinats RAŠKA“ (Udruženja tekstilnih radnika Tekstilnog kombinata RAŠKA) in Novi Pazar im verarmten und deindustrialisierten südserbischen Sandžak-Gebiet. Das Textilkombinat RAŠKA beschäftigte bis zum Ende der 1980er Jahre etwa 4000 Beschäftigte, heute sind es noch etwa hundert. Wie viele andere Unternehmen geriet es in der „Transitionsperiode“ in die Krise und wurde von der Privatisierungsagentur zum Verkauf ausgeschrieben. Ein Teil der entlassenen ehemaligen Belegschaft protestiert seit Jahren, um die Auszahlung von Abfindungen zu erreichen, die ihnen in einem Sozialprogramm von der Regierung zugesagt wurde, die sie aber niemals erhalten haben. Nach zahlreichen erfolglosen Protesten trat im Frühjahr 2008 eine Gruppe von ArbeiterInnen in einen 19-tägigen Hungerstreik. Doch auch dieser führte nicht zum Erfolg. Ein Jahr später – im April 2009 – schloss sich wiederum eine Gruppe von ArbeiterInnen im Gebäude der Vereinigung der TextilarbeiterInnen ein und begann einen zweiten Hungerstreik. Nachdem die serbischen Regierungsbehörden wiederum in keiner Weise reagierten, entschloss sich der Präsident der

Textilarbeiter-Vereinigung zu einem drastischen Schritt. Vor laufenden Kameras hackte sich Zoran Bulatović einen Finger seiner Hand ab. Für einige Tage wurden die Medien nun auf den Kampf der ehemaligen TextilarbeiterInnen von Novi Pazar aufmerksam. Ihr Problem wurde allerdings bis heute nicht gelöst. Zoran Bulatović wurde in den vergangenen Monaten hingegen von unbekannten Schlägern mehrmals angegriffen und misshandelt. Er musste mittlerweile ins Ausland ziehen.

Viertens protestieren BürgerInnen mit Straßenprotesten gegen Folgen der Austeritätspolitik und oftmals auch gegen die Korruption der politischen Eliten. Manche dieser Proteste zeigen bestimmte Charateristika von Bewegungen wie den „Indignados“ in Spanien oder den „Empörten des Syntagma-Platzes“ in Griechenland. Vor allem in Slowenien zeigte sich in den vergangenen Monaten dieser Protesttyp. Entzündet hat sich die aktuelle Protestbewegung in Slowenien im November 2013 in Maribor, der zweitgrößten Stadt des Landes. Bürgermeister Franc Kangler stand bereits seit Jahren immer wieder wegen Korruption, Klientelpolitik und Misswirtschaft in der Kritik. Zahlreiche Ermittlungsverfahren liefen. Als sich Kangler Ende November mit einer Kandidatur für den Nationalrat de facto die Immunität erteilen lassen wollte, obwohl gerade ein neuer Korruptionsverdacht aufgetaucht war, war das der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Tausende Mariborer BürgerInnen protestierten am 26. November spontan vor dem Rathaus. Doch statt Demut zu zeigen, ließ Kangler Wasserwerfer und Hundestaffeln einsetzen. Sogar aus einem Polizeihubschrauber wurde Tränengas abgeschossen. Die Polizeibrutalität war ein Schock für die slowenische Öffentlichkeit und der Auslöser der Protestwelle, die seither anhält. Doch es ist nicht allein das selbstherrliche Auftreten von Politikern und die Kumpelwirtschaft von Amtsträgern, die viele BürgerInnen empören. Die Probleme liegen tiefer. „In der Krise kristallisieren sich eine Reihe von Widersprüchen. Dazu zählt auch die brutale Restrukturierung der kapitalistischen Wirtschaft“, erklärt der linksorientierte Philosoph Gal Kirn die Krisenstimmung. „Die Austeritätspolitik hat zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, dem Bankrott von Firmen und zur Aufhebung der Reste des Sozialstaates geführt.“ In der Reaktion der Eliten auf die Wirtschaftskrise liegt eine weitere Erklärung für den Protest der Bürger. Denn es ist nicht nur der nationalkonservative Ministerpräsident Janez Janša, der mit Maßnahmen nach dem griechischen oder spanischen Vorbild auf die Krise reagierte und im März 2013 schließlich zurücktreten musste. Auch die sozialdemokratischen und liberalen Parteien, die seither an der Regierung sind, setzt die breit

angelegte Kürzungspolitik und die Forcierung von Privatisierungen fort. Einzig die Gewerkschaften legen ihr Veto gegen die Austeritätspolitik ein. Die Wirtschaftskrise hat damit in Slowenien – und nicht nur dort – zu einer tiefen Krise der politischen Repräsentation geführt.

Boris Kanzleiter, Leiter des RLS Büros für Südost Europa in Belgrad (27.5.2013)